

CDU fordert Aberkennung des Adorno-Preises

Frankfurt – Die CDU-Fraktion fordert den Magistrat auf, die Aberkennung des im Jahr 2012 an die amerikanische Philosophin Judith Butler verliehenen Theodor W. Adorno-Preises in die Wege zu leiten. Die Stadtverordnete Claudia Korenke sagt dazu: „Als einer der Hauptvertreter der Kritischen Theorie erhielt Adorno 1933 in Deutschland Lehrverbot und wurde von den Nazis als 'Halbjuden' in die Emigration gezwungen. Es ist empörend, dass dieser nach ihm benannte wichtige Preis der Stadt Frankfurt an eine radikale Israelkritikerin vergeben wurde, die nach wie vor Boykott-Bewegungen wie die palästinensische 'Boycott, Divestment and Sanctions' (BDS) unterstützt und den Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober als 'Akt bewaffneten Widerstandes' rechtfertigt. Das ist unerträglich und muss jetzt Konsequenzen nach sich ziehen!“ Die CDU-Politikerin betont, dass Frankfurter Persönlichkeiten, die seit dem 7. Oktober wiederholt öffentlich den Überfall der Hamas scharf kritisiert und sich zu Israel bekannt haben, dem Kuratorium angehören, das die Verleihung des Theodor W. Adorno-Preis vorbereitet. Dazu zählten der Oberbürgermeister, die Stadtverordnetenversammlung und die Kulturdezernentin. „Die Aberkennung des Preises für Judith Butler ist ein unumgänglicher Beleg für die Glaubwürdigkeit dieser öffentlichen Äußerungen – und für die Glaubwürdigkeit der diesjährigen Preisverleihung!“ Judith Butler, so Korenke, gelte als eine der wichtigsten Denkerinnen unserer Zeit. „Gerade das macht sie zu einer gefährlichen Leitfigur des israelbezogenen Antisemitismus. Wer Hamas und Hisbollah für 'progressive' Bewegungen hält und als 'Teil der globalen Linken' ansieht, verharmlöst diese radikal-islamischen Organisationen, deren Hauptziel die Bekämpfung und Vernichtung des Staates Israel ist.“

Endlich weg mit Paragraf 218

Frankfurt – „Seit Mai 1871, also seit mehr als 150 Jahren, werden Frauen durch die Festschreibung des Schwangerschaftsabbruchs unter Paragraf 218 im Strafrecht entmündigt, bevormundet, stigmatisiert und kriminalisiert. Eine Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafrechtbuches ist mehr als überfällig“, sagt Frauendezernentin Rosemarie Heilig (Grüne). Laut ihrem am Montag, 15. April, vorgelegten Abschlussbericht sieht die Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung die Rechtswidrigkeit des Schwangerschaftsabbruchs in der Frühphase der Schwangerschaft als verfassung-, völker- und europarechtlich nicht haltbar. Sie spricht sich für eine Legalisierung von Abtreibungen innerhalb der ersten zwölf Wochen aus und eröffnet auch Möglichkeiten zu Regelungen zu späteren Schwangerschaftsabbrüchen. „Mit einer Regelung von Abtreibung außerhalb des Strafrechtbuches würde die Bundesregierung einen großen Schritt in Richtung Gleichberechtigung gehen“, erläutert Heilig.

Bahnhofsviertel: Polizei sackt schon 53 Waffen ein

Kameras überführen 178 Täter – Neue Strategie bei Kontrollen

Frankfurt – Rund zehn Waffen pro Monat kassiert die Polizei im Bahnhofsviertel ein. Diese Bilanz zieht Polizeipräsident Stefan Müller nach fünf Monaten Waffenverbotszone. 53 Waffen seien sichergestellt worden, darunter 41 Messer, ein Schlagring, eine Schreckschusspistole und fünf Teleskopschlagstöcke. „Mit diesen Gegenständen kann niemand mehr verletzt werden“, sagt Müller. „Das ist unmittelbarer Opferschutz.“ Mit dem von Oberbürgermeister Mike Josef (SPD) erlassenen Verbot sind Messer mit längeren Klängen abends und nachts nicht erlaubt. Ein weitergehendes Verbot lehnten die Grünen ab. Der Polizeipräsident nannte die Zahlen am Dienstagmittag bei einer Sitzung des „Dialogforum Bahnhofsviertel“. In der vom Präventionsrat initiierten Gesprächsrunde, tauschen sich seit zwei Jahren Anwohnervertreter, Gewerbetreibende, Sozialeinrichtungen, städtische Stellen und die Polizei aus.

„Viel mehr Polizei kann man nicht reinbringen“

Wie dringend Lösungen sind, macht Udo Corts klar, Beiratsvorsitzender der Deutschen Vermögensberatung. In ihrer Zentrale im Bahnhofsviertel beschäftigt sie 1000 Menschen. „Wir haben ein Problem, Mitarbeiter zu gewinnen“, sagt Corts. In jedem Bewerbungsgespräch werde die Lage im Bahnhofsviertel angesprochen.

Die meisten Beschäftigten führen mit der U-Bahn bis zum Willy-Brandt-Platz, „damit sie nicht durchs Bahnhofsviertel laufen müssen“, berichtet Corts. „Das kann nicht sein“, reagiert OB Josef. „Dass der öffentliche Raum durch niemanden okkupiert werden darf, liegt mir am Herzen.“ Die Stadt wolle „noch nachlegen bei Sicherheit und Sauberkeit“.

Das „Dialogforum“ nutzen neben Josef gleich sieben Magistratsmitglieder um darzustellen, was die öffentliche Hand aktuell zu Verbesserung der Lage macht. Es werde „Anstrengungen auch nach der EM“ geben, betont OB Josef. Erstmals reagiert das Stadtoberhaupt auf die drastische Berichterstattung der britischen Boulevardzeitung „The Sun“, die

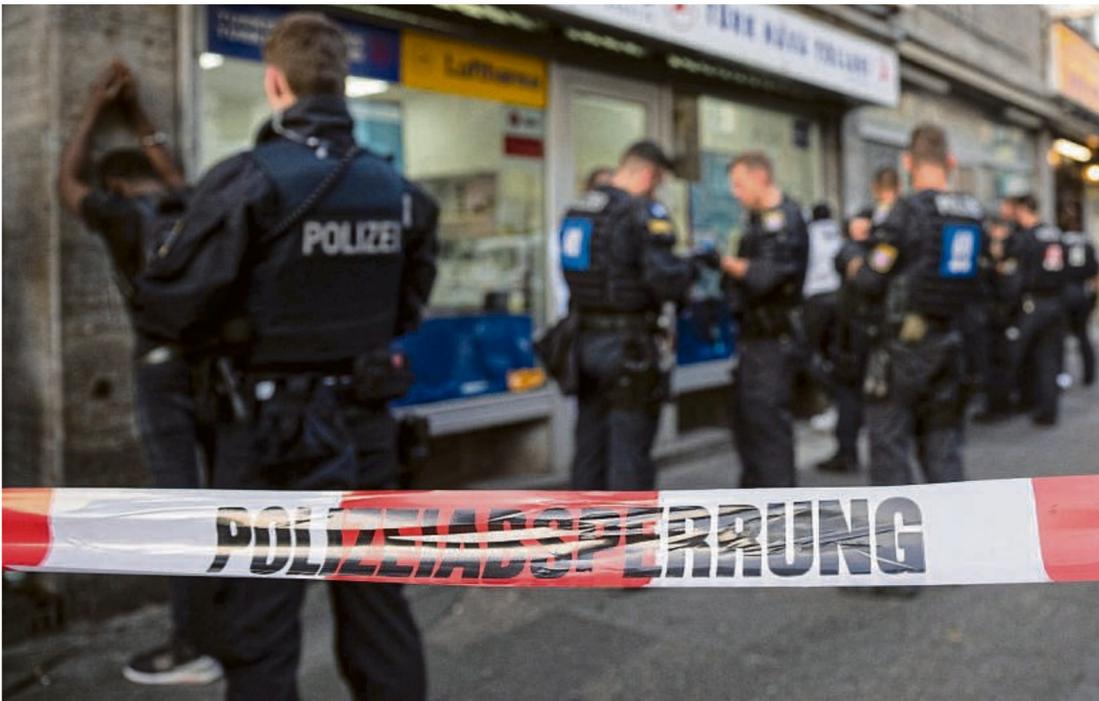
Fußballfans vor dem Bahnhofsviertel als „Zombieland“ und „Slum“ gewarnt hatte. „Eine Zuspitzung der Situation bringt niemandem etwas“, sagt Josef. Er wolle aber „nichts schönreden“.

Als Erfolg lobt Polizeipräsident Müller die Videoüberwachung, die die Stadt im Januar ausgeweitet hatte. Dadurch seien im Bahnhofsviertel 178 Verdächtige identifiziert worden, davon 53 Körperverletzungen und 22 Straßenraub. Zwei weitere Kameranlagen in Kaiser- und Taunusstraße gingen im Mai in Betrieb. Rückmeldungen von Anliegern zeigten, dass die Kameras auch Taschendiebe konkret von Taten abhielten.

Es sei „das schwierigste Viertel in Süd- und Mitteldeutschland“, räumt Müller ein. Der starke Polizeieinsatz führe zu vielen Festnahmen. Bei Kontrollen gehe die Polizei mit einer neuen Strategie vor und „flute“ ganze „Sektoren“ mit Einsatzkräften. Zwischen Hauptbahnhof und Kaisersack seien durchgehend ein bis zwei Streifen unterwegs. „Viel mehr Polizei kann man in ein Viertel nicht reinbringen“, sagt Müller.

„Es wird mehr Geld geben fürs Bahnhofsviertel“, kündigt Sozialdezernentin Elke Voitl (Grüne) eine Verstärkung der Drogenhilfe an. Zuletzt hatten zwei Träger kritisiert, dass die Stadt Gelder reduzieren wolle. Es werde mehr geben, dieses Jahr alleine zwei Millionen extra, sagt Voitl. Für ein neues Suchtzentrum sei die Stadt allerdings weiter auf der Suche nach einem Standort.

„Bitte helfen Sie mit“, appelliert Umweldezernentin Rosemarie Heilig (Grüne) an Geschäftsinhaber, für Sauberkeit auf der Straße zu sorgen. Einige seiner Kollegen seien „Idioten“, die sich um eigene Ladenumfeld nicht kümmern, sagt Nazim Almedar, Betreiber des Kiosks Yok-Yok am Hauptbahnhof. Von der Stadt komme „nicht nur Blabla, viele Sachen wurden umgesetzt“, lobt er. Es sei viel sauberer geworden, Müllimer würden bis zu fünfmal am Tag geleert. Es werde aber „nie genug sein“, da kein Bahnhofsviertel ein normales Wohngebiet sei. Almedar zürnt: „Das Bahnhofsviertel ist kein Zombieland.“



Polizeikontrolle in der Münchener Straße im Bahnhofsviertel: Die Beamten gehen inzwischen mit einer neuen Strategie vor und „fluten“ ganze Sektoren. Die neuen Videokameras haben seit Januar 178 Tatverdächtige überführt. FOTO: HANNES P. ALBERT/DPA

Das setzt die Stadt jetzt um im Bahnhofsviertel

- **Mehr Videoüberwachung:** Drei weitere Videokamera-Anlagen sollen in Betrieb gehen, zwei davon noch vor der Fußball-EM.
- **Kaisersack wird „Kaisertor“:** Der Westzipfel der Kaisersack ab Moselstraße soll Fußgängerzone werden, was rechtlich bis Jahresende dauert. Im ersten Schritt werden in Kürze Parkplätze zu Außengastronomie. Die Straßenoberfläche wird künstlerisch gestaltet. Der Kaisersack soll fortan freundlicher „Kaisertor“ heißen.
- **Sperregebiet für E-Scooter:** Von Mai an dürfen E-Scooter zwischen Mainzer Landstraße und Main nur noch auf dann 100 Abstellflächen geparkt werden. So sollen Leih-Roller seltener als Sitzmöglichkeiten und Drogenverstecke genutzt werden. Ebenso richtet die Stadt gerade 165 Flächen als Fahrradabstellplätze und 75 Lieferantenparkplatz-Bereiche ein, um Fahrrad und Gehwege freizubekommen.
- **Noch mehr Reinigung:** Von Mai an verstärkt die FES die Straßenreinigung nochmals, unter anderem mit einer weiteren Nassreinigung und einer weiteren Mülltonnenabfuhr, beides nachmittags.
- **Drei neue Toiletten:** Bis Ende Juni sollen je eine kleinere öffentliche Unisex-Toilette in der Niddastraße/Ecke Elbestraße, eine in der Moselstraße 53 sowie eine größere Behindertentoilette in der Kaiserstraße Höhe Tegut aufgestellt werden, alle vandalismoresistent.
- **Fördergeld für Läden:** Für direkte Verbesserungen der Attraktivität ihrer Läden wie neue Fenster, Außentüren, -bestuhlung, Schirme können Geschäfte und Restaurants ab sofort bis zu 3500 Euro Zuschuss der Stadt erhalten (Fondsumfang: 80000 Euro). Von 2025 soll ein 300000-Euro-Programm attraktivere Erdgeschosse fördern. dpg

KOMMENTAR

Verbesserungen mit hoher Taktzahl

VON DENNIS PFEIFFER-GOLDMANN



Das Bahnhofsviertel ist Chefsache der Frankfurter Politik. Wenn ein beschlussfähiger Magistrat zum Rapport bei Geschäftsleuten und Anwohnern antritt, spricht das Bände. Mit ihrer Präsenz und ihrem Engagement macht die Stadtspitze um Oberbürgermeister Mike Josef das gut, was die vorige Regierung mit verbockt hat. Jene reagierte erst nicht, dann viel zu zögerlich auf den Siegeszug der Zombie-Droge Crack. Nun bringen OB Josef, Ordnungsdezernentin Annette Rinn, Verkehrsstadtrat Wolfgang Siefert und ihre Kollegen die Verbesserungen in hoher Taktzahl auf die Straßen. Das ist ebenso gut wie ab-

solut überfällig – auch wenn es selbst mancher Grüne in der eigenen Regierung noch immer nicht kapiert. Dennoch stehen Stadt und Polizei letztlich weiter auf verlorenem Posten. Die ganzen Verbesserungen nutzen nämlich nur, wenn den Drogenkranken nachhaltig geholfen wird. Dafür braucht es viel mehr Drogenhilfe in ganz Deutschland und grünes Licht für neue Wege bei der Crack-süchtigen-Behandlung. Das aber müssen Land und Bund umsetzen. Bis dies alles eingetriggert ist, sind die Frankfurter dazu verdammt, weiter nur an Symptomen herumzudoktern. Und noch öfter die Straße zu fegen.

In Frankfurt gibt es 1626 Prostituierte

Seit 2017 gab es im Gesundheitsamt 10001 Beratungsgespräch für Sexarbeiterinnen

Frankfurt – In Frankfurt gibt es 1626 Prostituierte (Stichtag: 1. Februar 2024), die beim Ordnungsamt gemeldet sind. Diese Zahl hat jüngst der Magistrat der Stadt auf Anfrage der CDU-Fraktion im Römer bekannt gegeben.

Mit ihrer Anfrage wollten die Christdemokraten herausfinden, ob sich das Prostituiertenschutzgesetz, das am 1. Juli 2017 in Kraft trat, in Frankfurt bewährt hat. Das Gesetz zielt darauf ab, Sexarbeiterinnen und -arbeiter vor Ausbeutung und Gewalt zu schützen. Bordelle benötigen seitdem eine Betriebserlaubnis. Prostituierte sind verpflichtet, ihre Tätigkeit anzumelden und regelmäßig zur Gesundheitsberatung zu gehen.

In Frankfurt wird das Informations- und Beratungsgespräch im

Gesundheitsamt durchgeführt. Nach Angaben des Magistrats gab es dort allein im vergangenen Jahr 1590 gesundheitliche Beratungen und Informationsgespräche. Davon waren 450 Erstberatungen und 1140 Folgeberatungen. Insgesamt wurden seit 2017 im Gesundheitsamt 10001 Beratungen durchgeführt.

Die Stadtregierung teilte außerdem mit, dass es auch Informations- und Beratungsgespräch im Ordnungsamt geben kann – und zwar immer dann, wenn die Gesundheitsberatung vorab in einer anderen Stadt stattgefunden habe. Im Jahr 2023 seien demnach 1011 Bescheinigungen durch das Ordnungsamt ausgestellt worden.

Hintergrund der CDU-Anfrage im Römer dürfte sein, dass die

Union im Bund immer wieder die Einführung eines Sexkaufverbots nach dem sogenannten Nordischen Modell fordert, bei dem die Person bestraft wird, die für Sex Geld bezahlt, nicht aber die Prostituierten selbst. Die Meinungen über ein Sexkaufverbot gehen allerdings auseinander. Während die einen in ihm eine Lösung gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung sehen, vertreten die anderen die Ansicht, dass sich die Bedingungen von Prostituierten durch solch ein Verbot weiter verschlechtern würden.

Auch die Frankfurter Stadtregierung steht einem Sexkaufverbot kritisch gegenüber, gleichwohl sie sich nicht eindeutig positioniert. „Die Studien- und Datenlage ist nicht eindeutig“, heißt es

dazu in dem Magistratsbericht. Deshalb verweise man lieber auf die Einschätzungen des Instituts für Menschenrechte, das Studien für geschlechtlich und eingeordnet habe. Demnach würden verschiedene neue wissenschaftliche Studien zeigen, dass solche Verbote im Kontext von Prostitution das Risiko sexuell übertragbarer Erkrankungen erhöhen würden. Gewalt steige, die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich, Menschenhandel verringere sich nicht. Das Institut für Menschenrechte empfehle daher, die Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes abzuwarten, bevor weitere Gesetzesänderungen angestrebt würden. Die Evaluation soll dem Bundestag bis Sommer 2025 vorliegen.

JULIA LORENZ

Zahl der Zwangsräumungen steigt

Frankfurt – Im vergangenen Jahr wurden in Frankfurt insgesamt 664 Zwangsräumungen terminiert. Davon wurden 165 von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG Holding in Auftrag gegeben. 404 Zwangsräumungen wurden letztlich auch durchgeführt, 82 davon im Auftrag der ABG. Im Vergleich dazu: 298 Zwangsräumungen wurden 2023 von privaten Vermietern in Auftrag gegeben, von denen 209 auch tatsächlich durchgeführt wurden.

Diese Zahlen teilte jüngst Planungsdezernent Marcus Gwachenberger (SPD) mit. Darauf reagierte er auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion im Römer, die von der Stadtregierung wissen wollte, wie viele Zwangsräumungen in den zurückliegenden vier Jahren angeordnet und letztlich durchgeführt wurden – auch von der ABG sowie stadtnahen Stiftungen.

Aus den jetzt vorgelegten Zahlen geht hervor, dass die Zahl der Zwangsräumungen in Frankfurt wieder steigt. Nach einem Rückgang im Jahr 2022 hat die Zahl der angekündigten Zwangsräumungen wieder das Niveau von vor vier Jahren erreicht.

Konkret in Zahlen bedeutet das: Im Jahr 2020 wurden insgesamt 672 Zwangsräumungen angekündigt und 414 auch durchgeführt, 80 davon im Auftrag der ABG. Ein Jahr später wurden 573 Zwangsräumungen angekündigt und 362 durchgeführt, 51 davon

im Auftrag der städtischen ABG. Im Jahr 2022 wurden dann insgesamt nur noch 436 Zwangsräumungen terminiert, davon waren 167 von der ABG in Auftrag gegeben worden. 264 Zwangsräumungen wurden durchgeführt, 91 im Auftrag der ABG.

„Der Umgang dieser Stadt in Bezug auf Zwangsräumungen hat sich in keiner Weise geändert“, kommentierte Eyup Yilmaz, wohnungspolitischer Sprecher der Linksfraktion die vorgelegten Zahlen. „Menschen werden täglich rücksichtslos auf die Straße oder in die Notunterkünfte gebracht und die ABG trägt einen großen Anteil dazu bei.“ Für jede fünfte ausgeführte Zwangsräumung sei die städtische Wohnungsgesellschaft ABG Holding verantwortlich. „Weder die Corona-Pandemie noch die Inflations- und Energiekrise, die zu einer Prekarisierung der Wohnverhältnisse führten, haben eine Bewusstseinsänderung gebracht. Zwangsräumungen sind traurigerweise längst zur Normalität geworden“, teilte Yilmaz mit, der allerdings auch darauf hinwies, dass seiner Einschätzung nach die Dunkelziffer viel höher sei, da die Zahlen sich nur auf die Kennziffer des Sozialdezernats beziehen würden.

Die Linksfraktion fordert, Zwangsräumungen zu stoppen. Sie seien existenzgefährdend. Die Stadtregierung müsse jeder Person würdigen Wohnraum ermöglichen.

JULIA LORENZ

„Von einem Baustopp kann nicht die Rede sein“

RTW-Geschäftsführer hält die Aufregung um die eingefrorenen Vorarbeiten am Bahnhof Höchst für übertrieben

Für Schlagzeilen hat die jüngste Wendung beim Bauprojekt Regionaltangente West (RTW) gesorgt: Die Deutsche Bahn hatte die Vorarbeiten für einen Tunnel am Bahnhof Frankfurt-Höchst vorerst gestoppt. Da der wichtig für den mittleren Abschnitt der Regionaltangente West ist und sich zudem die Baukosten verdoppelt haben sollen, bezweifelt mancher, dass das Vorhaben wie geplant Ende 2028 abgeschlossen werden kann. Darüber hat Redakteur Michael Forst mit dem RTW-Geschäftsführer Horst Amann gesprochen.

Herr Amann, wie kalt hat es Sie erwisch, dass die Bahn einen Baustopp für die Vorarbeiten am Bahnhof Höchst verhängt hat?

Gar nicht. Und nach meiner Ansicht kann von einem Baustopp auch gar nicht die Rede sein, weil es noch gar keine Baumaßnahme gab. Wir haben den Beginn einer

Baumaßnahme beim Eisenbahnbundesbahn angezeigt – und das Amt hat in diesem Fall nicht zugestimmt und gesagt, dass wir noch nicht beginnen können. In einem anderen Fall hatte es positiv beschieden.

Das Eisenbahnbundesamt hatte moniert, dass die RTW Planungsunterlagen und Prüf-Testate nicht beigebracht hätte...

Das Amt hat uns gesagt, das unsere Anzeige, was den Baubeginn betrifft, noch nicht vollständig sei, da hier eine größere Anzeige notwendig sei. Das ist ein relativ spektakulärer, fast normaler Prozess. Wir haben es versucht – und das Amt hat diesmal nicht zugestimmt. Das wurde dann zum Baustopp aufgebauscht.

Ärgerlich ist es aber trotzdem für Sie oder? Sie hatten doch die Arbeiten am



Horst Amann
FOTO: MICHAEL SCHICK

Bahnhof Höchst eigentlich bis Juli abschließen wollen, weil dann die Deutsche Bahn die Strecke zwischen Frankfurt und Mannheim für fünf Monate sperrt, um die Riedbahn zu sanieren...

Ich wollte keine Baumaßnahmen bis Juli abschließen. Vielmehr wollten wir vor der Riedbahnsperre, die uns das Bauen in Höchst erschweren und in man-

chen Zeiten vielleicht sogar unmöglich machen wird, möglichst viel schon erledigen. Das können wir nun in diesem Umfang leider nicht tun. Was den gesamten Bauprozess betrifft, ist das schade, aber nicht schlimm.

Wenn die Arbeiten am Bahnhof Höchst nun erstmal auf Eis liegen: Warum bleibt dann die Regionalbahnlinie 11 zwischen Höchst und Bad Soden weiter gesperrt?

Wir brauchen diese Sperrung, weil wir in den nächsten Wochen Maßnahmen wie Kampfmittel- und Kabelsondierung ergreifen werden. Die Tatsache, dass ein Teil der Baumaßnahmen jetzt noch nicht stattfindet, ändert nichts an dieser Notwendigkeit.

Die Regionaltangente West soll Ende 2028 in Betrieb gehen – ist das noch zu schaffen?

Der Baustopp, der keiner war, wirft uns jedenfalls nicht komplett aus der Bahn. Ob das auf die Gesamtplanung irgendwelche Auswirkungen hat? Das ist heute nicht vorhersehbar, das wissen wir in ein, zwei oder vielleicht drei Jahren.

Sie haben das Thema Geld angesprochen. Inwieweit könnten die rapide gestiegenen Kosten für Planer, Berater, Gutachter, juristische Expertise und Personalkosten der RTW intern das Projekt gefährden?

Es wird alles teurer. Das führt dazu, dass auch die RTW nicht zu den vor drei, vier Jahren geschätzten Kosten gebaut werden kann. Aber das ist eine vertrauliche Angelegenheit des Aufsichtsrates. Da bin ich weder befugt noch bereit, das zu quantifizieren. Die Zahlen werden aber zu gegebener Zeit öffentlich gemacht werden.



Solidaritätskundgebung vor der Zentralen der Nasaischen Heimstätten wegen einer Zwangsräumung. FOTO: MONIKA MÜLLER